



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
 DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

Nicht an die Presse
 Informationsnotiz

3003 Bern, 10. April 1990

Vertraulich

An den Bundesrat

**Offizieller Besuch von Bundesrat Adolf Ogi in Moskau
 vom 4. bis 8. April 1990**

1. Anlass des Treffens

Der Besuch erfolgte auf Einladung des Ministeriums für Zivilluftfahrt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Gelegenheit wurde überdies genutzt, um mit Ministerien in Kontakt zu treten, welche Aufgaben in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation betreuen. Ueberdies konnte ein Gespräch auf hoher politischer Ebene geführt werden (siehe Beilage Programmskizze).

2. Gespräche mit Ministerpräsident Nikolaj I. Ryzkov, Vorsitzender des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Ministerpräsident Ryzkov sprach sehr offen über die zur Zeit drängendsten innenpolitischen Probleme der UdSSR,

das Nationalitätenproblem einseits und die wirtschaftliche Entwicklung andererseits. Er bestätigte den Willen zu grundlegenden strukturellen Reformen und bekannte sich zur dezidierten Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses (Glasnost und Perestrojka).

Er erläuterte den Standpunkt der Regierung der UdSSR in der Litauen-Frage. Dabei verwies er auf die Signalwirkung, welche das Litauen-Problem in anderen Teilen der UdSSR auslösen könnte. Ryzkov unterstrich die Meinung, ein Austritt der baltischen Republik aus dem sowjetischen Staatsverband sei auf der Grundlage der Sowjetverfassung auszuhandeln. Dabei bedürfe die Verfassung auf Gesetzesstufe der Konkretisierung. Emotionell sichtlich engagiert, warb er um Verständnis für das Vorgehen seiner Regierung.

Wir gaben unserer Hoffnung Ausdruck, dass das Problem auf dem Verhandlungswege, politisch gelöst werden könne.

Im wirtschaftlichen Bereich sind für 1991 entscheidende Schritte in Richtung Markt vorgesehen. Die UdSSR Wirtschaft soll in die Weltwirtschaft integriert werden. Hierzu bedarf es einer Preisreform ebenso wie eines konvertierbaren Rubels. Das Interesse an vermehrter technischer Zusammenarbeit war offensichtlich.

Die UdSSR gedenke, sich international stärker zu engagieren; kurzfristig wird der Beobachterstatus und dann eine Vollmitgliedschaft im GATT angestrebt (was man der CSSR zubillige könne der Sowjetunion mit guten Gründen nicht vorenthalten werden). Ryzkov erhofft sich von der Schweiz Unterstützung. Ebenso wird eine Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfond in Erwägung gezogen.

Eine gewisse Besorgnis äusserte er im Hinblick auf die EG 1992. Europa dürfe nicht von Brüssel dominiert werden, und es gelte ein gemeinsames "Europäisches Haus" zu gestalten, in dem Osteuropa, inklusive der Sowjetunion, Platz finden müssten. Die Rolle der neutralen europäischen Staaten sieht er als brückenbauendes Element eher aufgewertet. Er wandete sich ausdrücklich gegen ein EG-Beitritt Oesterreichs.

Der Europarat, als Chance der Integration in Europa, wurde auch auf spezielle Nachfrage hin von ihm nicht erwähnt (Nachwirkung der Kulturdiskussion?).

3. Zivilluftfahrt

Gespräche mit Herrn Aleksandr F. Aksenov,
Stellvertretender Minister für Zivilluftfahrt

3.1 Ergebnisse

- Unterzeichnung eines Protokolls mit folgendem Inhalt:

- a. Einleitende Zusammenfassung der Gesprächsthemen nämlich:
 - . Sicherheitsmassnahmen;
 - . Erhöhung der Zahl der wöchentlichen Linienflüge für die Swissair und die Aeroflot;
 - . Aufhebung der Einschränkungen im Nichtlinienverkehr;
 - . flexiblere Lösung für die Verpflichtung der Swissair zu Zwischenlandungen auf der Sibirienstrecke;
 - . künftige Zusammenarbeit zwischen den sowjetischen Zivilluftfahrtbehörden und der Europäischen Zivilluftfahrt-Kommission (ECAC).

- b. Hinweis auf die Ergänzungen des Anhanges II zum Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Luftverkehr vom 8. Juni 1967 durch eine neue Ziffer 17 über Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr.
- c. Hinweis auf die Aenderung von zwei vertraulichen Nebenvereinbarungen durch die Luftfahrtbehörden: Diese betreffen folgende Regelungen:
- . Erhöhung der Anzahl wöchentlicher Flüge von 5 auf 7;
 - . Ermöglichung einer freien Verkaufstätigkeit der Swissair in der Sowjetunion (Verkauf von Beförderungsdokumenten in Devisen);
 - . Aufhebung des Protokolls vom 22. Januar 1976, in welchem namentlich der Charterverkehr zwischen den beiden Ländern eingeschränkt wurde.
- d. Aufforderung an die Zivilluftfahrtbehörden der beiden Staaten, raschmöglichst die Regelung betreffend Flüge über sowjetisches Hoheitsgebiet nach dem Fernen Osten (Sibirienstrecke) zu überprüfen.
- In der Abmachung zwischen den Luftfahrtbehörden wird ferner auf den Wunsch der Sowjetunion Bezug genommen, Frachtflüge nach Basel durchzuführen.

Schliesslich wird auch noch das Interesse beider Seiten an der Bedienung neuer Flughäfen im anderen Land zum Ausdruck gebracht.

3.2 Beurteilung

- Die Gespräche zeichneten sich durch die übereinstimmenden Aussagen der beiden Delegationen aus, in Zukunft ihre Zusammenarbeit zu vertiefen.

Die Besprechungen können auch unter das Motto "Oeffnung" gestellt werden. Beide Delegationschefs betonten die Bedeutung eines freieren und wachsenden Luftverkehrs zwischen den beiden Ländern. In diesem Sinne wurden die beiden Luftämter beauftragt, Gespräche zu führen. Diese sollen dazu dienen, die Verkehrsentwicklung zu analysieren. Ziel wird es sein, zum Abschluss solcher Gespräche die nun geänderten Abmachungen erneut im Sinne einer liberaleren Ausgestaltung des Luftverkehrs zu modifizieren. Die Swissair wird Marktforschungen durchführen müssen und gegebenenfalls Anträge auf Bedienung neuer Bestimmungsorte in der UdSSR an das BAZL zu stellen haben.

Die Oeffnung im Charterverkehr wird zunächst einmal zu einer Flugkette der Balair nach Leningrad führen.

- Gegenstand der Besprechungen waren auch Fragen der Entwicklung des Luftverkehrs in Europa. Von sowjetischer Seite wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, Europa reiche bekanntlich bis zum Ural. Die von schweizerischer Seite ausgedrückte Bereitschaft, die Bestrebungen der sowjetischen Luftfahrtbehörden auf Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ECAC voll zu unterstützen, wurden von den Gesprächspartnern mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen.

4. Energiebereich

Gespräche mit Herrn Lew D. Rjabew, Stellvertretender Ministerpräsident, Herrn Witalij F. Konowalow, Minister für Atomenergie und Industrie, Herrn Aleksandr P. Podubskij, Stellvertretender Minister für Aussenbeziehungen

4.1 Ergebnisse

Das Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie konnte ohne Probleme unterzeichnet werden (bezüglich des Inhalts verweisen wir auf die Bundesratssitzung vom 28. März 1990 und den einschlägigen BRB).

In den Gesprächen stellten wir die Sicherheit der Kernkraftwerke in den Mittelpunkt. Wir verwiesen auf den engen Zusammenhang zwischen Energiepolitik einerseits und Umweltschutz andererseits. Wir betonten die Priorität bezüglich Sicherheit der Kernanlagen und verlangten zusätzliche Informationen über neue Massnahmen nach Tschernobyl. Zudem boten wir unser know-how und die Erfahrung unserer Spezialisten im Bereiche der Sicherheitsfragen an.

Ein Hauptziel der sowjetischen Energiepolitik ist es, längerfristig die Versorgungsstruktur im Strombereich zugunsten der Wasserkraft, moderner, sicherer Kernkraftwerke und erneuerbarer Energien umzugestalten.

Das Energiesparpotential wird erkannt. Es soll vor allem mittels technischer Massnahmen - Erhöhung des Wirkungsgrades bessere und effizientere Abbau- und Fördertechnologien - genutzt werden.

4.2 Beurteilung

Die Gespräche waren offen. Am Zustandekommen des Abkommens waren die Sowjets offensichtlich interessiert. Aehnliche Abkommen hat die UdSSR erst mit zwei anderen nicht sozialistischen Staaten geschlossen (Kanada und Australien).

Tschernobyl hat in der UdSSR klare politische Spuren hinterlassen. Die Führung ist bezüglich Sicherheit sensibilisiert. Man arbeitet intensiv an neuen, sicheren Reaktortypen, die in wenigen Jahren zur Verfügung stehen sollten.

Der UdSSR scheint an einer weiteren Zusammenarbeit im Energiebereich gelegen. Für diese stehen drei Bereiche im Vordergrund:

- Kernenergie, Sicherheit
- Tschernobyl, internationales Forschungszentrum
- Energiesparen / Energiespartechnologien

Die UdSSR wird vorerst weiter Energie exportieren können, indes scheinen sich Verknappungserscheinungen abzuzeichnen.

5. Fernmeldewesen

Gespräch mit Herrn Erlan K. Perwyschin, Minister für Fernmeldewesen

5.1 Ergebnisse

Im Fernmeldebereich standen vorwiegend praktische Fragen im Vordergrund. Die starke Verkehrszunahme verlangt nach Massnahmen (Zunahme Telefonausgangsverkehr

Schweiz-UdSSR 1988/89 über 32 Prozent). Das Netz ist heute den Anforderungen nicht mehr gewachsen und zu Geschäftszeiten ist der Telefon- und Telefax-Verkehr hoffnungslos überlastet.

Eine Verdoppelung der Leitungen zwischen der Schweiz und der UdSSR von heute 20 auf 40 wurde vereinbart.

Die Schweiz hat ihr Interesse am Glasfaserprojekt Ost-West angemeldet.

Die UdSSR möchte an der Telecom-Ausstellung 1991 in Genf repräsentativ vertreten sein.

Ferner hat man über die Gesetzgebung im Medien- und Kommunikationsbereich gesprochen und Erfahrungen ausgetauscht. Wie in anderen Bereichen will sich die UdSSR im Zeichen von Perestrojka und Uebergang zum Rechtsstaat auch in der Kommunikation eine gesetzliche Basis schaffen.

Schliesslich haben wir auf logistische Bedürfnisse der Medienschaffenden in Moskau verwiesen.

5.2 Beurteilung

Im Fernmeldebereich ist ein Entwicklungsdruck spürbar. Die UdSSR ist gewillt, der steigenden Nachfrage zu begegnen. Auf politischer Ebene bereitet das Verbot des Technologieexportes in die UdSSR (COMECON-Listen) Probleme. Dies beispielsweise bei der Realisierung der Glasfaserverbindung Ost-West.

Das Problem soll anlässlich des kommenden Gipfeltreffens Bush/Gorbatschow zur Sprache kommen. Die UdSSR hofft auf verständnisvolle Haltung der Schweiz.

6. Gespräche mit Herrn Jurij S. Suchin, Minister für Strassentransporte

6.1 Ergebnisse

Die im April 1989 anlässlich seines Besuches in der Schweiz geknüpften Kontakte mit Minister Suchin konnten vertieft werden.

Der UdSSR wurde unsere "Verkehrsphilosophie" vorgestellt, mit Akzent auf Förderung des kombinierten Verkehrs.

Sowjetischerseits wurde der Wunsch nach Annäherung zwischen der CEMT und den RGW-Staaten zum Ausdruck gebracht.

Minister Suchin gab seiner Meinung Ausdruck, dass Perestrojka neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Transportwesen eröffnet. Er schlägt den Austausch von Verkehrsexperten vor, um die Zusammenarbeit im Transportbereich zu konkretisieren. Er hofft auf noch engere Beziehungen zwischen den durch diese Entwicklung betroffenen Unternehmungen (joint-ventures).

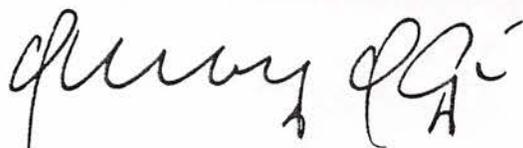
Wir unterstrichen dabei die Notwendigkeit, bei dem Ausbau der Transportwege auch deren Umweltverträglichkeit vermehrt zu berücksichtigen.

6.2 Beurteilung

Die UdSSR will sich offensichtlich in das europäische Verkehrssystem vermehrt integrieren. Es scheint zweckmässig, sie im Bestreben nach engeren Kontakten, z.B. zur CEMT, zu unterstützen. Konkrete Ergebnisse sind in erster Linie im Bereiche der Normierung zu erwarten

(Ladeeinheiten, Container, Wechselbehälter, Auflieger). Hier scheint eine Anpassung an die infrastrukturellen Normen des Kontinents möglich, dies insbesondere im Zusammenhang mit den Eisenbahntunnelprofilen. Der Wille, für die Zukunft neue harmonisierte Lösungen zu suchen, wurde von beiden Seiten bestätigt.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Adolf Ogi', with a stylized flourish at the end.

Adolf Ogi